

# Sozialismus.de

Heft 4-2024 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Ulrike Eifler:**  
Nur ziviler Stahl ist Zukunft  
**Florian Weis:** 40 Jahre Bergarbeiterstreik in Britannien

**Beiträge u.a. von**  
Birgit Mahnkopf, Peter Wahl,  
Bernd Riexinger, Harald Wolf,  
Björn Radke, Wolfgang Müller,  
Werner Abel, Friedrich Steinfeld,  
Bernhard Sander



**Forum**  
**Gewerkschaften**



Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.de.  
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de).  
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft  
bzw. ein Abonnement bestellen.

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Russland in der Kriegswirtschaft

Laut dem ukrainischen Ministerpräsidenten hat sein Land 880 Mio. US-Dollar vom IWF erhalten: »Dies ist die dritte Tranche der finanziellen Unterstützung im Rahmen der Extended Fund Facility (EFF)«. Russlands Wirtschaft – so jedenfalls Wladimir Putin – sei trotz Sanktionen stabil. [...]

## Automobil-Beschäftigte ohne »Transformationsstory«?

Die Krise der Transformation in der Autoindustrie ist offenkundig: 12.000 Jobs beim Autozulieferer Bosch sind bedroht. Daher protestierten Tausende Bosch-Beschäftigte gegen Sparmaßnahmen. Sie fürchten den Jobverlust – und den Niedergang des Konzerns. [...]

## Subventionswettbewerb um Hightech-Chips

Die US-Regierung will die heimische Halbleiterindustrie mit Subventionen ankurbeln. Präsident Joe Biden kündigte an, den US-Chipriesen Intel mit bis zu 8,5 Mrd. US-Dollar an direkten Finanzmitteln und 11 Mrd. US-Dollar an Darlehen zu fördern. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)

## Kampfarenen

Bernhard Sander: Frankreich im Europa-Wahljahr .....	2
Peter Wahl: Die Dilemmata des Westens Kriege in Nahost und der Ukraine .....	7
Friedrich Steinfeld: Wie der Konfliktspirale in Nahost entkommen? .....	11
Wolfgang Müller: Mit neuen Produktivkräften Wachstum gegen US-Sanktionen stabilisieren. VR China: Volkskongress und Konsultativkonferenz .....	16

## Sozial-ökologische Transformation

Björn Radke: Hitze, Dürre, Brände und Hochwasser Die Erderwärmung in Europa schreitet immer schneller voran .....	20
Joachim Bischoff: Die Illusion eines grünen Wirtschaftsbooms .....	26
Birgit Mahnkopf: Die blockierte Transformation Zur Kritik des »European Green Deal« und der geopolitischen EU .....	32

## Linke Auswege?

Bernd Riexinger: Sozialistische Klassenpolitik ist inklusiv, verbindend und internationalistisch. Zur aktuellen Situation der Partei Die Linke .....	38
Harald Wolf: Die Partei Die Linke vor den Europawahlen .....	44

## Forum Gewerkschaften

Ulrike Eifler: Nur ziviler Stahl ist Zukunft .....	47
Florian Weis: »United by the struggle, United by the past«. Das Scheitern des Bergarbeiterstreiks vor 40 Jahren veränderte Britannien zum Schlechten .....	51

## Kulturkampf

Werner Abel: Eine »Antifaschistische Schulfibel« mitten im Bürgerkrieg Mauricio Amster Cats' Kampf gegen den Analphabetismus und für die Revolution der Bildung .....	56
---	----

## Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum .....	59
Veranstaltungshinweise .....	60
Max Lill: »Dune: Part Two« (Filmkritik) .....	61

## Supplement

EuroMemo Gruppe  
**EuroMemo 2024**  
Wie soll die Europäische Union mit der Polykrise umgehen?

# Hitze, Dürre, Brände und Hochwasser

Die Erderwärmung in Europa schreitet immer schneller voran

von ■ Björn Radke

»Unsere neue Analyse zeigt, dass Europa mit dringenden Klimarisiken konfrontiert ist, die sich schneller entwickeln als unsere gesellschaftliche Vorsorge. Um die Widerstandsfähigkeit unserer Gesellschaften sicherzustellen, müssen die europäischen und nationalen politischen Verantwortlichen jetzt handeln, damit die Klimarisiken sowohl durch rasche Emissionsenkungen als auch durch entschlossene Anpassungsstrategien und -maßnahmen verringert werden.« Dies fordert Leena Ylä-Mononen, Exekutivdirektorin der Europäischen Umweltagentur (EUA), bei Vorstellung des Risikoberichtes, der am 11. März veröffentlicht wurde.

Extreme Hitze, Dürre, Waldbrände und Überschwemmungen, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben, werden sich in Europa selbst in den optimistischen Szenarien der globalen Erwärmung verschlimmern und die Lebensbedingungen auf dem gesamten Kontinent beeinträchtigen. Die EUA hat inzwischen die erste European Climate Risk Assessment (EUCRA) (Europäische Klimarisikobewertung) veröffentlicht, die helfen soll, politische Prioritäten für die Anpassung an den Klimawandel und für klimasensible Branchen zu bestimmen.

Aus dieser Bewertung geht hervor, dass die europäischen Strategien und Anpassungsmaßnahmen nicht mit den sich rasant verschärfenden Risiken Schritt halten. In vielen Fällen wird eine schrittweise Anpassung nicht ausreichen, und da viele Maßnahmen zur Verbesserung der Klimaresilienz sehr zeitaufwändig sind, kann auch bei bisher noch nicht kritischen Risiken ein sofortiges Handeln erforderlich sein.

Manche Regionen in Europa sind Hotspots für mehrere Klimarisiken gleichzeitig. Südeuropa ist besonders gefährdet durch Waldbrände und durch die Auswirkungen von Hitze und Wasserknappheit auf die landwirtschaftliche Produktion, die Arbeit im Freien und die menschliche Gesundheit. Überschwemmungen, Erosion und das Eindringen von Salzwasser bedrohen tief gelegene Küstenregionen Europas, darunter viele dicht besiedelte Städte.

Der Sommer 2023 war der heißeste Sommer weltweit und der fünfthöchste für Europa. Waldbrände in der EU haben in diesem Jahr über 468.000 Hektar Wald verbrannt und viele Reiseziele im Süden und deren lokale Wirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Nach langen Perioden extremer Hitze und Trockenheit



Foto: dpa/picture alliance

wurden auf Rhodos und Korfu innerhalb weniger Stunden ganze Gemeinden und ihre Lebensgrundlagen schwer getroffen. Mehr als 40% der 2023 verbrannten Fläche sind Natura 2000-Gebiete, was Schäden für Lebensräume und Arten mit sich bringt, die von diesen Ökosystemen abhängig sind. Die Hitzewellen in Bulgarien, Griechenland, Slowenien und der Türkei fielen mit Starkregen und Sturmfluten zusammen, was zu Todesopfern und erheblichen wirtschaftlichen Verlusten führte.

Europa ist nicht auf die »katastrophalen« Folgen des Klimawandels vorbereitet. Laut einem neuen Bericht der Europäischen Umweltagentur (EUA) werden sich extreme Wetterereignisse selbst »in optimistischen Szenarien« verschlimmern. Die EUA rechnet mit Hunderttausenden Toten und Schäden in Billionenhöhe. Die Folgen fallen je nach Region höchst unterschiedlich aus: Während im Süden der EU insbesondere das Risiko von – im schlimmsten Fall jährlichen – Dürren und Hitzewellen mit potenziell Zehntausenden von Todesfällen und der Zunahme von Tropenkrankheiten steigt, werden die Küsten durch Überflutungen bedroht. Allein die durch Überflutungen entstandenen Verluste könnten gegen Ende des Jahrhunderts eine Bio. Euro im Jahr betragen. Zum Vergleich: Zwischen 1980 und 2022 beliefen sich die durch Wetter- und Klimaextreme verursachten Verluste auf insgesamt 650 Mrd. Euro, davon wiederum jeweils mehr als 50 Mrd. 2021 und 2022.

Das Weltwirtschaftsforum mit Sitz in Davos/Schweiz hat in Zusammenarbeit mit der Strategieberatung Oliver Wyman eine Analyse zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Folgen des Klimawandels aufgestellt. Aus der Analyse geht hervor, dass sich die volkswirtschaftlichen Kosten bis zum Jahr 2050 auf global rund 12,5 Bio. US-Dollar belaufen könnten. Ein Großteil der Kosten würde dabei auf die Auswirkungen von Hitzewellen zurückzuführen sein. Schon seit Monaten wiesen verschiedene Institute und Wissenschaftler auf eine zunehmend kritische Klimaentwicklung hin.

## Die Folgekosten steigen

Schon Ende Dezember 2023 legte die Europäische Umweltagentur (EUA) einen Risikobericht vor und kam zu der Einschätzung, dass Europa der Kontinent ist, der sich wegen des Klimawandels am schnellsten erwärmt. Seit den 1980er Jahren sei die Erwärmung etwa doppelt so rasch vorangeschritten wie im globalen Durchschnitt. Die damit verbundenen Schäden in Deutschland sind im Jahr 2023 besonders in den Sommermonaten deutlich gestiegen. Allein im August verursachten Wetterextreme den Angaben des Gesamtverbandes der Versicherungswirtschaft (GDV) zufolge einen Schaden in Höhe von 1,5 Mrd. Euro. Im Juni entstanden durch die Unwetter Kay und Lambert laut GDV ebenfalls Hunderte Millionen Euro an Schäden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die versicherten Schäden an Gebäuden und Fahrzeugen voraussichtlich um 900 Mio. Euro gestiegen, so der GDV. »Sie liegen damit leider ziemlich stabil auf dem hohen Niveau des langjährigen Durchschnitts von 4,9 Mrd. Euro«, sagte GDV-Hauptgeschäftsführer Jörg Asmussen in einer Mitteilung Ende Dezember 2023. Die höchsten Kosten gingen 2023 auf Sturm und Hagel zurück. Auf sie entfielen demnach Sachschäden in Höhe von 2,7 Mrd. Euro. Überschwemmungen

und andere Unwetter kosteten Versicherer den Angaben zufolge 900 Mio. Euro. Dieser Wert lag damit etwas niedriger als bisher. Die versicherten Schäden an Fahrzeugen lagen laut GDV mit 1,3 Mrd. Euro hingegen über dem Durchschnitt.

Die Versicherer fordern als Konsequenz aus dem Klimarisikobericht der Europäischen Umweltagentur ein höheres Tempo bei der Klimafolgenanpassung: »Der Bericht stellt abermals klar, dass Europa auf die zunehmenden Klimarisiken nicht ausreichend vorbereitet ist. Wir müssen deshalb jetzt mehr tun, um Menschen und Infrastruktur vor Klimafolgen und Extremwetterereignissen zu schützen«, betonte Jörg Asmussen, Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV). »Oberste Priorität sollten klimaangepasste Pläne, Bauen und Sanieren haben. Prävention sollte fester Bestandteil der Landesbauordnungen werden. Sonst können wir uns schon jetzt auf Milliarden Schäden bei künftigen Extremwetterlagen wie etwa Hochwassern gefasst machen.«

Diese Sorgen sind allzu berechtigt. Der Klimawandel beschleunigt sich schneller als im Pariser Abkommen von 2015 angenommen. Dort war die Weltgemeinschaft noch davon ausgegangen, dass das Ziel die 1,5 Grad Celsius Erwärmung nicht zu überschreiten, erreichbar sei. Heute ist klar, dass die 1,5 Grad nicht mehr zu halten sind. Je länger die Maßnahmen zur Einhaltung einer weiteren Erwärmung nicht massiv verstärkt werden, ist die Höhe der Folgekosten nicht mehr einzufangen.

## Die Länder des Südens fordern Ausgleichszahlungen

Dabei geht es nicht nur allein um die Folgekosten für Deutschland. Auf der jüngsten Klimaweltkonferenz Endes des Jahres 2023 in Dubai haben die Länder des Südens noch einmal deutlich gemacht, dass die reichen Industrieländer endlich ernst machen mit ihren Versprechungen, dem Süden die notwendigen Ausgleichszahlungen zu leisten. Im »Climate Finance Shadow Report 2023« schätzt Oxfam, dass die tatsächliche Unterstützung der reichen Länder im Jahr 2020 womöglich höchstens 24,5 Mrd. US-Dollar betrug – deutlich weniger als die 83,3 Mrd. US-Dollar der offiziellen Berichterstattung. Jan Kowalzig, Referent für Klimapolitik bei Oxfam: »Nicht nur halten die reichen Länder weiterhin ihr Versprechen nicht ein. Auch erlaubt die großzügige Berichtspraxis, sich mit beeindruckend hohen Zahlen zu schmücken, die nicht die tatsächliche Unterstützung für betroffene Länder widerspiegeln. Das beeinträchtigt die Vertrauensbasis zu den einkommensschwachen Ländern.«

Die Untersuchung stellt außerdem heraus, dass rund drei Viertel der Unterstützung über Kredite erfolgt. Den höchsten Anteil an Krediten in ihrer Unterstützung haben Frankreich (92%), Japan (90%), Spanien (88%) und Österreich (71%). Aber auch die Klimahilfen aus Deutschland kommen etwa zur Hälfte als rückzahlbare Kredite. »Kredite gegen die Klimakrise bereitzustellen, ist zutiefst ungerecht für Länder, die kaum zum Klimawandel beigetragen haben, sich jetzt aber kostspielig an die Veränderungen anpassen müssen. Es ist ein Gebot der Gerech-

■ Björn Radke ist Redakteur von Sozialismus.de.

tigkeit, dass die Klimahilfen stärker über Zuschüsse bereitgestellt werden«, so Kowalzig.

Viele einkommensschwache Länder verzeichneten in den letzten drei Jahren Hitzewellen in Rekordhöhe. In Teilen Ostafrikas herrschen historische Dürren, die die Hungerkrise verschärfen und ohne den Klimawandel so nicht aufgetreten wären. Pakistan leidet noch heute unter den Auswirkungen der Flut 2022, von der über 33 Mio. Menschen betroffen waren. Trotzdem ist die Unterstützung in diesem Bereich nach wie vor völlig unzureichend. Oxfam schätzt, dass hier die tatsächliche Unterstützungsleistung im Jahr 2020 bei maximal 11,5 Mrd. US-Dollar lag.

Für die notwendigen Anpassungsmaßnahmen, etwa in der Landwirtschaft zum Schutz vor künftigen Unwetterkatastrophen oder gegen den steigenden Meeresspiegel, werden die einkommensschwachen Länder ganz andere Summen brauchen. Bei Verlusten und Schäden infolge des Klimawandels, die trotz Anpassung und Klimaschutz nicht zu verhindern sind, etwa für den Wiederaufbau nach Stürmen oder die Wiederherstellung von Lebensgrundlagen, könnten die Kosten bis 2030 auf jährlich bis zu 580 Mrd. US-Dollar ansteigen.

Für Pascal Lamy, den ehemaligen Generaldirektor der Welthandelsorganisation, stellt eine Welt jenseits der 1,5 Grad eine »Hochrisikozone« dar. Dieser Temperaturanstieg sei zwar kein harter Schwellenwert. Aber mit jedem Zehntelgrad nehmen die Risiken durch den Klimawandel zu. Die Priorität sei weiterhin, Emissionen zu reduzieren. Gerade in den wohlhabenden Ländern im Westen sei das auch absolut richtig so.

Weltweit gesehen müssten jedoch zusätzliche Optionen in Betracht gezogen werden. Emissionsreduktionen allein reichen nicht aus – vor allem nicht für Entwicklungsländer. Der Globale Süden ist am meisten vom Klimawandel betroffen, mahnt Lamy. Auch in den reichen Industrieländern würden die Menschen zunehmend die Folgen des Klimawandels erleben, aber es gibt mehr Geld und Möglichkeiten, damit umzugehen. Anders ist die Lage in den Entwicklungsländern. Für sie ist die Anpassung oft lebensnotwendig, schon heute haben sie mit nicht mehr vermeidbaren Schäden des Klimawandels zu kämpfen.

## Viele Klimarisiken in Europa erfordern dringende, sofortige Maßnahmen

In der Bewertung des Berichtes der EUA<sup>1</sup> werden die 36 Hauptklimarisiken für Europa innerhalb von fünf größeren Clustern ermittelt: Ökosysteme, Nahrungsmittel, Gesundheit, Infrastruktur sowie Wirtschaft und Finanzen. Mehr als die Hälfte der in dem Bericht genannten Hauptrisiken für das Klima erfordern eine sofortige Intensivierung der Maßnahmen, wobei acht Risiken besonders dringlich sind. Dabei geht es vor allem darum, Ökosysteme zu erhalten, die Menschen vor Hitze zu schützen, Menschen und Infrastruktur vor Überschwemmungen und Waldbränden zu bewahren und die Tragfähigkeit europäischer Solidaritätsmechanismen, beispielsweise des Solidaritätsfonds der Europäischen Union, zu sichern.

■ **Ökosysteme:** Nahezu alle Risiken im Ökosystem-Cluster erfordern dringende oder intensivere Maßnahmen, wobei die Risiken für die Meeres- und Küstenökosysteme als besonders

Abb. 1: Anstieg der Temperatur der Meeresoberfläche in °C

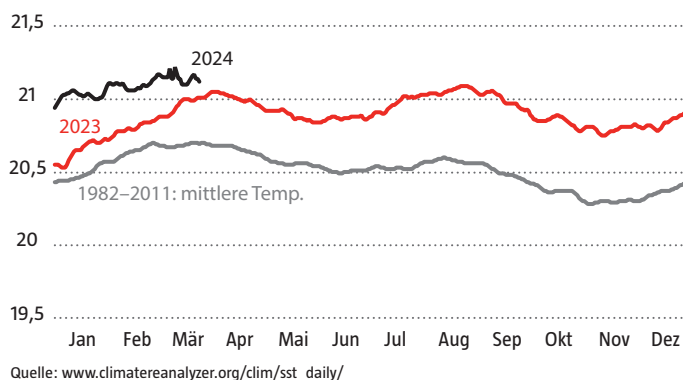
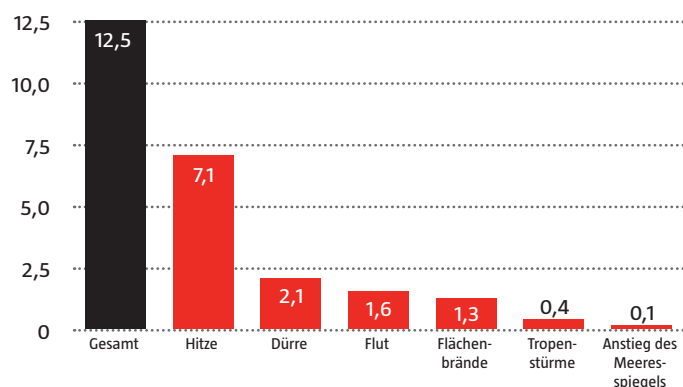


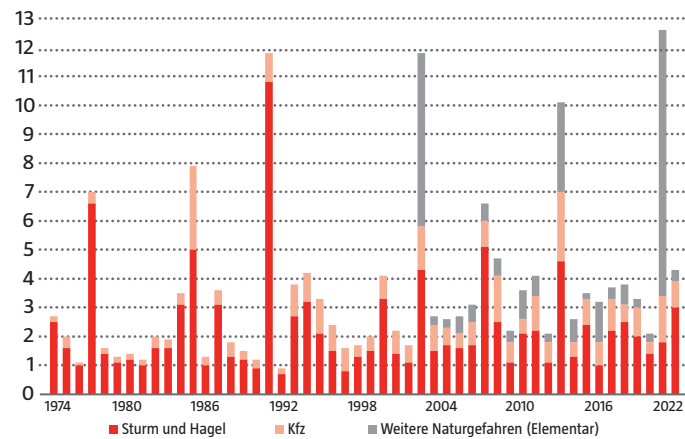
Abb. 2: Volkswirtschaftlichen Kosten durch die Folgen des Klimawandels in Billionen US-Dollar



schwerwiegend eingestuft werden. In ihrem Bericht erinnert die EUA daran, dass Ökosysteme vielfältige Vorteile für die Menschen bringen, und dass diese Risiken daher ein hohes Potenzial für Kaskadeneffekte auf andere Bereiche wie Ernährung, Gesundheit, Infrastruktur und Wirtschaft aufweisen.

- **Ernährung:** Die Risiken, die durch Hitze und Dürre für den Nutzpflanzenanbau entstehen, sind in Südeuropa bereits auf einem kritisch hohen Niveau, doch auch die Länder Mitteleuropas sind gefährdet. Insbesondere anhaltende und weiträumige Dürren stellen eine erhebliche Bedrohung für die Erträge, die Ernährungssicherheit und die Trinkwasserversorgung dar. Selbst eine teilweise Ernährungsumstellung von tierischen Eiweißen hin zu nachhaltig angebauten pflanzlichen Eiweißen wäre bereits eine Lösung, da sie den Wasserverbrauch in der Landwirtschaft und die Abhängigkeit von importierten Futtermitteln verringern würde.
- **Gesundheit:** Hitze ist das größte und dringendste Klimarisiko für die menschliche Gesundheit. Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind besonders gefährdet, z.B. Menschen, die im Freien arbeiten und dabei extremer Hitze ausgesetzt sind, ältere Menschen und Menschen, die in schlecht isolierten Wohnungen oder in städtischen Gebieten mit starkem Wärmeineffekt leben oder unzureichenden Zugang zu Kühlung haben. Viele Stellschrauben zur Minderung der Klimarisiken, die die Gesundheit bedrohen, liegen außerhalb der traditionellen Bereiche für gesundheitspolitische Maßnahmen, wie z.B. Stadtplanung, Baunormen und Arbeitsrecht.

**Abb. 3: Naturgefahrenbilanz im Langzeitüberblick**  
Schadenaufwand in der Sach- und Kraftfahrtversicherung in Mrd. Euro



Quelle: GDV

- **Infrastruktur:** Häufigere und zunehmend extreme Wetterereignisse erhöhen die Risiken für bebauten Gebiete und die kritischen Dienstleistungen in Bereichen wie Energie, Wasser und Verkehr in Europa. Während die Hochwasserrisiken an den europäischen Küsten bislang relativ gut bewältigt wurden, können steigende Meeresspiegel und Veränderungen der Sturmmuster verheerende Auswirkungen auf Menschen, Infrastruktur und Wirtschaftstätigkeiten haben. In Südeuropa entstehen durch Hitze und Dürren erhebliche Risiken für die Energieerzeugung, -übertragung und -nachfrage. Auch Wohngebäude müssen an die zunehmende Hitze angepasst werden.
- **Wirtschaft und Finanzen:** Das europäische Wirtschafts- und Finanzsystem ist mit zahlreichen Klimarisiken konfrontiert. Klimaextreme können beispielsweise zur Erhöhung von Versicherungsprämien führen, sie können Vermögenswerte und Hypotheken gefährden und höhere Ausgaben und Kreditkosten für den Staat nach sich ziehen. Die Tragfähigkeit des Solidaritätsfonds der Europäischen Union ist aufgrund der hohen Kosten infolge der Überschwemmungen und Waldbrände der letzten Jahre bereits stark gefährdet. Durch verschärfte Klimaauswirkungen können auch private Versicherungslücken größer und einkommensschwache Haushalte anfälliger werden.

## Klimaanpassung

»Politisch gesehen sind die 1,5 Grad nicht verhandelbar«, sagt Pascal Lamy. Der ehemalige Direktor der Welthandelsorganisation ist davon überzeugt, dass die Politik vom selbstgesetzten Ziel nicht mehr abrücken wird. Im September 2023 legte die Climate Overshoot Commission (COC),<sup>2</sup> dessen Vorsitzender Pascal Lamy ist, einen Bericht vor, in dem gefordert wird: »Die politischen Entscheidungsträger sollten sich dringend mit den eskalierenden Risiken des Klimawandels befassen, insbesondere mit denen, die sich auf anfällige Länder auswirken, indem sie das gesamte Spektrum an Ansätzen in Betracht ziehen. Die Emissionsreduzierung muss priorisiert und beschleunigt werden. Dies erfordert einen ehrgeizigen und geordneten Ausstieg aus den fossilen Brennstoffen sowie eine klare Differenzierung

zwischen dem Tempo des Ausstiegs in den Industrieländern und den am wenigsten industrialisierten Ländern.

Die Bemühungen um einen besseren Schutz vor den Auswirkungen eines gestörten Klimas (>Anpassung<) sollten ausgeweitet werden, ebenso wie die internationale Finanzierung zu ihrer Unterstützung und neue Mechanismen zur Planung, Messung und Antizipation auf nationaler Ebene und in kritischen Sektoren wie der Landwirtschaft. Techniken zur Beseitigung von Kohlendioxid sollten entwickelt und eingesetzt werden, um Netto-Null-Emissionen – und letztlich Netto-Negativ-Emissionen – zu erreichen, wobei die Vorteile biologischer und industrieller Methoden ausbalanciert und durch intelligente Politik und Finanzierung ermöglicht werden sollten. Die Länder sollten ein Moratorium für den Einsatz von Verfahren zur Veränderung der Sonneneinstrahlung und für groß angelegte Freilandexperimente beschließen, die das Risiko erheblicher grenzüberschreitender Schäden mit sich bringen würden, und gleichzeitig die Forschung ausweiten und den internationalen Dialog über Governance fortsetzen.«

Die COC fordert letztlich auf, alles, was technisch möglich ist, zu prüfen und einzusetzen, um die Netto-Null-Emission zu erreichen. Dazu zählt konkret auch das CCS-Verfahren, das von Norwegen schon angewendet wird und nun auch vom Wirtschafts- und Klimaminister Robert Habeck genehmigt werden soll. Diese Entscheidung stößt auf heftige Kritik aus Umweltverbänden. Oliver Kalusch, Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), kritisiert: »Mit Carbon Capture and Storage (CCS) eine neue Hochrisikotechnologie zu Lasten von Mensch und Umwelt durchzusetzen, ist verantwortlich und klimapolitisch ein Fehler. Konsequenter Maßnahmen zur Emissionsvermeidung und zur Transformation der Wirtschaft gehören auf die Tagesordnung. [...] Dass auch ein Ende der Energieerzeugung mittels fossiler Brennstoffe nicht mehr ernsthaft beabsichtigt ist, macht dabei auch der vor kurzem veröffentlichte zentrale Aspekt der Kraftwerksstrategie der Bundesregierung deutlich. Statt auf den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energien zu setzen, sollen neue Gaskraftwerke errichtet und betrieben werden. Ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen sollen mittels CCS auf dem Papier verschwinden.« Die Auseinandersetzung um mögliche Anpassungsprogramme hat erst begonnen.

<sup>1</sup> Der EUCRA-Bericht der EUA baut auf der vorhandenen Wissensbasis über Klimaauswirkungen und -risiken für Europa auf und ergänzt sie. Zu dieser Wissensbasis gehören die neuesten Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC), des Copernicus-Dienstes zur Überwachung des Klimawandels (Copernicus Climate Change Service, C3S) und der Gemeinsamen Forschungsstelle (Joint Research Centre, JRC) der Europäischen Kommission sowie die Ergebnisse EU-finanzierter Forschungs- und Entwicklungsprojekte und nationaler Klimarisikobewertungen. Diese Bewertung ist die erste ihrer Art. Das darin enthaltene Wissen wird zusammengefasst, um eine strategische Politikgestaltung zu unterstützen.

<sup>2</sup> Die Climate Overshoot Commission ist ein unabhängiges Gremium globaler Führungspersonlichkeiten, die im September 2023 ihre CARE-Agenda und Empfehlungen vorstellten. Zu den Mitgliedern gehören ehemalige Regierungschefs und nationale Minister, Leiter von zwischenstaatlichen Organisationen, führende Vertreter\*innen von Umweltgruppen und akademische Experten.

## Ohne Investitionen in die Zukunft geht es nicht

Das Szenario könnte nicht komplizierter sein: Während die Klimawissenschaft auf entschlossenes Handeln der Regierenden drängt, wird der Widerstand gegen eine beschleunigte Transformation lauter. So erlebt die Mehrheit der Menschen die Lage als nie gekannt, überfordernden Dauerstress. Es geht um Deklassierungserfahrungen neuer Art: moralisch-kultureller und ökonomischer Druck bei weitgehender Arbeitsmarktintegration. Corona-Pandemie, Krieg in Europa, Inflation, Energiepreisschock, Reallohnverluste und moralischer Dauerdruck auf ökologische Verhaltensänderungen für Klimaschutz. Auf Basis der wachsenden sozialen Kluft erwächst eine zusätzliche kulturelle Spaltungsdynamik. Und in diese grätscht die politische Opposition gemeinsam mit Teilen der FDP, Querdenker\*innen, Rechtsradikalen und fossilen Lobbyverbänden, denen die ganze Transformation zu schnell geht, bzw. die den menschengemachten Klimawandel leugnen.

Auch die ökonomischen Aussichten sind düster. Nach der Rezession 2023 wird die deutsche Wirtschaft nach Einschätzung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin in diesem Jahr nur stagnieren. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) werde somit auf der Stelle treten. Nach einem weiteren Schrumpfen der Wirtschaftskraft im laufenden ersten Quartal gehe es zwar allmählich bergauf. »Die deutsche Wirtschaft kommt aber nicht so schnell in Fahrt wie erwartet.« Deshalb dürfte im Gesamtjahr 2024 »nur ein Nullwachstum« zu Buche schlagen.

Als Wachstumsbremse wirkt sich der Prognose zufolge zunächst die aktuelle Investitionsschwäche aus. Demnach dürften die Ausrüstungsinvestitionen zunächst sinken und auch die Bauausgaben schwächelten weiter. Unternehmen müssen durch bessere Rahmenbedingungen wieder mehr strukturelle Investitionen tätigen können und Menschen mit geringen und mittleren Einkommen müssen entlastet werden. »Die Finanzpolitik ist zu restriktiv und muss deutlich mehr Investitionen tätigen.« Ziel müsse sein, kurzfristig einen konjunkturellen Impuls zu geben und langfristig wichtige Unterstützung für die wirtschaftliche Transformation. »Die Obsession mit der Schuldenbremse ist zu einer der größten Zukunftsbremsen geworden«, so DIW-Chef Fratzscher.

Auch wenn FDP-Finanzminister Christian Lindner weiter darauf besteht, die Schuldenbremse zu wahren und einzuhalten: Es regt sich immer mehr Widerstand gegen seine Art der Finanzpolitik. In der Öffentlichkeit wird immer öfter darüber diskutiert, die Schuldenbremse zu reformieren. So hat sich jetzt auch ein Bündnis aus Industriegewerkschaft und Umweltschützer\*innen zusammengefunden, um nicht nur die Ampel-Regierung, sondern die gesamte Bundespolitik zu einem Umdenken zu bewegen. Ein »Weiter so« in der Finanzpolitik könne die zentralen Herausforderungen der Zeit nicht lösen, heißt es in einem Statement der Gewerkschaft IG BCE zusammen mit den Umweltverbänden DNR, Germanwatch und WWF Deutschland.

»Wichtige Vorhaben mussten gekürzt oder auf Eis gelegt werden, Investitionen in die Transformation werden gegen sozialen Ausgleich ausgespielt«, so das Bündnis. »Dadurch wird die Unsicherheit bei Unternehmen wie Haushalten weiter verstärkt

und dringende Investitionen in die Klimaneutralität – vor allem auch in den energieintensiven Industrien – werden nicht getätigt. Unterm Strich werden so Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit und gute Arbeitsplätze, das Erreichen der Klimaschutzziele und der gesellschaftliche Zusammenhalt gleichermaßen aufs Spiel gesetzt.« Das Bündnis fordert sowohl von der Ampel-Regierung als auch von der Opposition einen sachlichen Austausch, um an Lösungen zu arbeiten und Optionen wie »eine Reform der Schuldenbremse, ein Sondervermögen für Klimaschutz und die Stärkung der Einnahmenseite vorurteilsfrei zu prüfen«.

Mit seinem Appell steht das Bündnis auch nicht alleine da. Es ist mittlerweile eine öffentliche Debatte darüber entfacht, ob die Schuldenbremse in ihrer aktuellen Form noch zeitgemäß ist. Kritiker\*innen befürchten, dass dadurch wichtige Investitionen in die Transformation der Wirtschaft nicht getätigt werden können, da das Geld ohne Aufnahme neuer Staatsschulden nicht reicht. »Der Umbau der industriellen Produktion kommt nur in Trippelschritten voran, da die Regierungskoalition sich nicht auf verlässliche und nachhaltige Rahmenbedingungen einigen kann«, stellte jüngst der Bezirksleiter Mitte der IG Metall, Jörg Köhlinger, fest. Es bilden sich neue Mehrheiten, da auch Arbeitgeber zunehmend akzeptierten, dass sich die Transformation der Industriegesellschaft nicht nebenbei erledigen lasse.

Auch die Zusammenarbeit zwischen ver.di und Friday for Future (FFF) stellt eine neue Qualität dar. Im Kampf gegen die Klimakrise sind die Klimabewegung und die Gewerkschaft schon vor vier Jahren eine Allianz eingegangen. Unter dem Motto #WirFahrenZusammen fordern sie nun 100 Mrd. Euro mehr an Investitionen in den ÖPNV bis 2030 und bessere Arbeitsbedingungen. »Denn egal, ob wir in der Stadt oder auf dem Land leben, wir alle brauchen einen Nahverkehr, auf den wir uns verlassen können«, teilten die Organisator\*innen von FFF mit. »Für den ÖPNV streiken, heißt fürs Klima streiken.« Unterstützung erhalten ver.di und Fridays For Future dabei auch von anderen Naturschutzorganisationen wie Greenpeace und dem BUND. Sie alle sind sich einig: Der öffentliche Verkehr spielt eine zentrale Rolle im Kampf gegen die Klimakrise. Laut ver.di verhindern die aktuelle Politik, »dass wir klimafreundlich, zuverlässig, bequem, sicher und günstig unterwegs sein können«. Es gebe zu wenig Personal in den Nahverkehrsbetrieben, weil die Arbeitsbedingungen schlecht seien.

Professorin Monika Schnitzer, »Wirtschaftsweiser« im Sachverständigenrat der Bundesregierung konstatiert: »Die Vielzahl an geopolitischen Spannungen, die wirtschaftliche Talfahrt und die Haushaltskrise haben sowohl die Regierung als auch die Unternehmen Kraft und Ressourcen gekostet – und die fehlen nun leider. Dabei sind enorme Anstrengungen notwendig, allein um die jahrzehntelang vernachlässigte Energie-, Gebäude- und Verkehrsinfrastruktur zu erneuern. Das geht auch nicht von heute auf morgen. Umso wichtiger ist es, endlich ernsthaft damit anzufangen und am besten gleich zwei Gänge hochzuschalten. Und wenn dafür, aufgrund der Vielzahl anderer Aufgaben, wie zum Beispiel dem erhöhten Bedarf an Verteidigungsausgaben, die finanziellen Spielräume nicht reichen, dann sollte man über die Finanzierungsoptionen nachdenken, zum Beispiel durch eine Reform der Schuldenbremse, wie wir sie als Sachverständigenrat kürzlich vorgeschlagen haben.«

Solange die Schuldenbremse nicht fällt bzw. reformiert wird, werden die Verteilungskämpfe in der Republik immer härter werden, dann wird eine Transformation unter Inkaufnahme noch größerer sozialer Spaltung, wie sie sich Finanzminister Lindner vorstellt, scheitern.

Professorin Claudia Kemfert, Leiterin am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung: »Die Klimaschutz-Transformation schafft enorme wirtschaftliche Chancen, wenn investiert wird in Zukunftsbranchen wie erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Speicher oder Digitalisierung. Diese Investitionen schaffen Wertschöpfung und Jobs. Die Versprechen von dem Bundeskanzler, dass Klimaschutz zu einem Wirtschaftswunder führen kann, ist grundsätzlich nicht falsch. Allerdings muss dies nicht verbunden sein mit starkem Wirtschaftswachstum. Es geht eher um qualitatives als um quantitatives Wirtschafts-Wachstum. Wir benötigen ein Klimaschutzwachstum.

Dazu ist es notwendig, dass die richtigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass Investitionen in Klimaschutz unterstützt werden und die vielen Vorteile der konventionellen Energien wie auch fossile Subventionen abgeschafft werden. Zudem muss die Schuldenbremse aufgehoben werden, um Investitionen anzukurbeln. Die Rahmenbedingungen wurden bisher nicht ausreichend angepasst, um eine echte Klimatransformation voranzubringen. Zwar steigen richtigerweise die Anteile der erneuerbaren Energien deutlich an, es fehlt aber an einer echten Verkehrswende und deutlich mehr Energiesparen vor

allem im Gebäudebereich. Zwar ist das Heizungsgesetz besser als sein Ruf, aber es fehlt an der Transparenz und Information, sodass noch immer viel zu viele Menschen fossile Heizsysteme einbauen. Es gibt noch viele Baustellen.«

Auch Sebastian Dullien, Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK), sieht die Gesamtsituation kritisch: »Bislang haben sich die Investitionen, die einen solchen Boom auslösen konnten, noch nicht materialisiert. Sie haben sich auf öffentlicher Seite nicht materialisiert, weil derzeit die Regierung unter dem Eindruck der Schuldenbremse und des Bundesverfassungsurteils nicht genug Mittel für Investitionen zur Verfügung stellt. Auf privater Seite haben die hektischen Kürzungen bei Förderungen und öffentlichen Investitionen nach dem Verfassungsgerichtsurteil und die anhaltende Unsicherheit über künftige Energiepreise zu einer Investitionszurückhaltung geführt. Um aus der Klimatransformation auch wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, ist es notwendig, dass die Politik auch die richtigen Rahmenbedingungen schafft. Das ist bislang nicht ausreichend gelungen.«

Vor diesem Szenario wirken die Mahnungen Johan Rockströms vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, wie ein Menetekel: »1,5 Grad ist eine sehr große Zahl, und es schadet uns sehr schwer mit Blick auf Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen, verstärkte Stürme und Wasserknappheit in der ganzen Welt.« Rockström sprach von einer »Warnung an die Menschheit«.

## Nach »politischem Wetterleuchten« nunmehr Masterpläne

Bereits im Sommer 2023 sah Thüringens AfD-Chef Björn Höcke angesichts der damaligen kommunalpolitischen Wahlerfolge ein »politisches Wetterleuchten« am Horizont. Die Wahlsiege seien ein Durchbruch, den Schwung wolle man mitnehmen in die kommenden Landtagswahlen, um dann wirklich »ein politisches Erdbeben« zu erzeugen. Inzwischen ist man, wie dank der Recherchen des Netzwerks »Correctiv« deutlich wurde, bereits bei Masterplänen.

Wir wollen wie bereits bisher über die Entwicklung der Parteien der extremen Rechten informieren. Wir können vor allem Hintergrundanalysen anbieten, die den Leser\*innen ein Urteil ermöglichen. Dafür benötigen wir weiterhin finanzielle Unterstützung sowohl für die Printausgabe als auch für die Kurzanalysen auf der Website von Sozialismus.de!

Spendenkonto: Sozialistische Studiengruppe e.V./Redaktion Sozialismus  
IBAN: DE63 4306 0967 2046 2368 00 | BIC GENODEM1GLS



# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).

Ich möchte die Buchprämie  Kapital  68er  ABC

Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).

Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

\_\_\_\_\_  
Name, Vorname

\_\_\_\_\_  
Straße

\_\_\_\_\_  
Plz, Ort

\_\_\_\_\_  
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

\_\_\_\_\_  
Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

